

Thema: Kanzlei & Kooperationen

06.02.2009 | Financial Times Deutschland

Medienart: Print
Rubrik: Finanzen
Seitenstart: 17

Autor: Dunkel, Monika
Auflagen: 122.470
Verbreitung: 104.832

FINANCIAL TIMES
DEUTSCHLAND

Erscheinungsweise: Mo-Fr

Bayern plant Abschottung der Finanzaufsicht

Bürger sollen bei BaFin keine Akteneinsicht mehr haben

Von Monika Dunkel, BERLIN,

UND KARSTEN RÖBISCH, FRANKFURT

Mitten in der Finanzkrise plant der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU), das Informationsfreiheitsgesetz einzuschränken. Künftig sollen Bürger, Anleger, Wissenschaftler und Medien keine Akteneinsicht mehr erstreiten können, wenn es um die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und die Bundesbank geht. Der Vorstoß würde die Transparenz für Verbraucher so gut wie abschaffen und Politikern und Bankern helfen, Fehler zu vertuschen, glauben Kritiker. "Wir werden gegen das Vorhaben intervenieren", sagte Klaus Nieding von der Anwaltskanzlei Nieding + Barth. Mit dem Gesetz werde

versucht, eine schwarze Box zu schaffen, die keiner kontrollieren könne.

Der Bundesrat hat der Initiative aus Bayern bereits im Dezember zugestimmt. Erst durch Anlegerschützer und Recherchen des ARD-Politikmagazins "Kontraste" sorgt das Vorhaben jetzt für Aufregung. Nach den bayerischen Plänen sollen BaFin und Bundesbank künftig vom Anspruch auf Auskunft und Akteneinsicht ausgenommen werden. Das Informationsgesetz würde damit ad absurdum geführt. Es gilt seit dem 1. Januar 2006 und "gewährt jedem gegenüber Behörden des Bundes einen Anspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen".

Die mitregierende FDP in Bayern hat den Vorstoß unterstützt. Bei den Liberalen in Berlin regt sich allerdings Widerstand. "Das Vorhaben ist skanda-

lös", sagt Frank Schäffler, für die FDP-Bundestagsfraktion Mitglied des Finanzausschusses. Dort wird die Bundesratsinitiative beraten. Schäffler mutmaßt, dass Betrugsskandale so vertuscht werden sollen. Die Politik habe kein Interesse daran, das Versagen der BaFin transparent zu machen. Er fürchtet nun, dass die Abgeordneten der Großen Koalition die Einschränkung im Bundestag ebenfalls durchwinken.

Copyright 2009 PMG Presse-Monitor Deutschland GmbH und Co. KG